

Unklar, zaghaft, ungerecht

Generalsekretär Pierre Bley: „Unsere Vorgehensweise ist berechtigt“

VON JOELLE MERGES

Nicht zufrieden mit der geplanten Gesundheitsreform zeigte sich die UEL (Union des entreprises luxembourgeoises), die kurz vor der Sommerpause ankündigte, sich aus Lenkungsremien der Gesundheitskasse zurückziehen zu wollen. Im LW-Gespräch rechtfertigt Generalsekretär Pierre Bley die Vorgehensweise des Patronats.

■ Herr Bley, man hat so den Eindruck, als ob die Gewerkschaften die Absicht der Arbeitgeber, sich aus den CNS-Lenkungsremien zurückziehen und ihre Beiträge zu den medizinischen Sachleistungen nicht länger zahlen zu wollen, nicht ganz ernst nehmen würden.

Dabei müsste die Gewerkschaften die gleiche Sorge bewegen wie uns, denn auch sie werden vom Gesundheits- und Sozialminister in ihren Vorrechten beschnitten. Denn eigentlich hat der Vorstand der Gesundheitskasse über mögliche Beitragsanpassungen zu entscheiden. Nun maßt sich der Minister dieses Recht an. Wenn diese Vorgehensweise in Zukunft zur Regel werden soll und wir nur noch um unsere Meinung gebeten werden, dann ist es nur konsequent, die Gesetzgebung dementsprechend anzupassen.

■ Aber Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass der Minister das Sozialgesetzbuch nach Ihren Vorstellungen ändern wird?

Zumindest scheint er sich mit seiner Reform etwas mehr Zeit lassen zu wollen, denn eigentlich wollte er seinen Gesetzentwurf bereits im Frühjahr im Parlament einreichen. Nun soll es im Herbst soweit sein. Wahrscheinlich hat er eingesehen, dass manche Einwände durchaus begründet und weitere Konsultationen angebracht sind.

■ Trotzdem ist die Welle der Entrüstung erstaunlich, die jetzt über die Reform einbricht. Fast scheint es so, als ob die monatelangen Beratungsrunden nie stattgefunden hätten.

Diese Beratungen beschränkten sich größtenteils auf ein ein- bis zweistündiges Gespräch mit dem Minister und seinen Experten, und dabei wurden uns eher die großen Leitlinien der Reform vermittelt, als harte Fakten. Sich daraus ein Bild über die tatsächliche Reichweite der Reform zu machen, ist äußerst schwierig. Nun können wir uns zwar in den Vorentwurf eines Gesetzes einlesen, doch im Unklaren bleibt nach wie vor vieles, denn die entscheidenden großherzoglichen Verordnungen liegen nicht vor. Oder es werden in der Vorlage Maßnahmen angekündigt, ohne dass aber ersichtlich ist, wie diese konkret umgesetzt werden sollen. Natürlich waren wir uns der groben Ausrichtung der Reform bewusst, doch viele konkrete Lösungsansätze vermis-



(FOTO: CHARLES CARATINI)

„Die Regierung kann es sich nicht leisten, länger untätig zu bleiben und wichtige Reformen zu verschleppen.“

PIERRE BLEY

sen wir auch heute noch. Und wichtige Forderungen, die wir an den Minister weitergeleitet hatten, wurden überhaupt nicht berücksichtigt.

■ Zum Beispiel?

Zum Beispiel die Entwicklung der Ärztezah. Zumindest für den Krankenhausesektor soll die Zahl nun begrenzt werden. Das ist natürlich zu begrüßen, allerdings hätte man eine solche Maßnahme bereits längst treffen können. Seit Jahren schon fordern wir auch die Spezialisierung des medizinischen Angebots im Krankenhausesektor. Die Kompetenzzentren sollen nun zu einem Zeitpunkt entstehen, da alle Kliniken die ganze Bandbreite der medizinischen Dienstleistungen anbieten, es also quasi zu spät ist.

■ Mit den nötigen Reformen hat sich die Politik demnach zu viel Zeit gelassen?

Längst wäre es etwa notwendig gewesen, für mehr Transparenz

im Gesundheitssektor zu sorgen. Die Versuche, die der Minister in dieser Hinsicht startet, sind viel zu zaghaft. Es müsste zum Beispiel nachvollziehbar sein, wieviel die verschiedenen Leistungen in den Krankenhäusern kosten.

■ Kritikpunkte gibt es demnach viele, nun soll der Gesetzentwurf aber spätestens Anfang Oktober im Parlament eingereicht werden. Ein realistischer Zeitrahmen?

Ein viel zu enger Zeitrahmen, wenn der Sozialdialog denn voll zum Tragen kommen sollte, wie es sich die Regierung ja scheinbar wünscht. Wenn es bei dieser Zeitplanung bleiben sollte, dann besteht darüber hinaus die Gefahr, dass manche Fragen nicht gründlich durchdacht werden, dass es statt des großen Wurfs bei einem Reförmchen bleibt und uns eine ganze Legislaturperiode für die wirklich wichtigen Einschnitte verloren geht. Der Minister mag davon überzeugt sein, grundlegende Änderungen am Gesundheitssystem in die Wege zu leiten. Seine Einschätzung trifft aber in vielen Punkten nicht zu.

■ Sie wünschen sich, dass der Sozialdialog zum Tragen kommt. Dann ist es aber nicht unbedingt sachdienlich, sich aus der Gesundheitskasse zurückzuziehen.

Glauben Sie mir, wir haben uns diesen Schritt reiflich überlegt. Während der letzten Tripartiterunden wurde den Arbeitgebern stets versprochen, dass sie keine zusätzlichen Sozialabgaben zu

■ Premier Juncker zufolge darf die Sanierung der Gesundheitskasse den Staat finanziell nicht mehr belasten.

Dass die öffentliche Hand keine zusätzlichen Lasten tragen will, kann ich in Anbetracht der angespannten Haushaltslage verstehen. Legitim ist es daher auch, dass die Unternehmen nicht stärker belastet werden wollen.

■ Immerhin will Mars Di Bartolomeo 50 Millionen Euro im Gesundheitssystem einsparen.

Wie er das aber bewerkstelligen will, bleibt unklar. Dabei ist das Einsparpotenzial im gesamten Gesundheitssystem enorm, und darauf haben wir bereits im vergangenen Jahr hingewiesen, ebenso wie wir seit Jahren schon darauf hinweisen, dass unser ganzes Sozialsystem dann zusammenbricht, wenn die Binnenbeschäftigung nachlässt. Unsere Warnungen wurden jedoch überhört.

■ Die Gewerkschaften scheinen in der Frühjahrstripartite die Arbeitgeberbedenken in Sachen Wettbewerbsfähigkeit überhört zu haben. Macht eine neue Dreierrunde im Herbst überhaupt Sinn?

Wenn bei den Gewerkschaften kein Sinneswandel stattfindet, habe ich da so meine Bedenken.

■ Sollte die Tripartite scheitern, dann wird die Regierung reagieren müssen, kündigte der Premier an. Sind die Kampfahne CSV und LSAP dazu überhaupt in der Lage?

Sie werden sich zusammenraufen müssen, denn die Regierung kann es sich nicht leisten, länger untätig zu bleiben und wichtige Reformen zu verschleppen. Es muss jetzt einfach etwas geschehen.